



Standpunkte.

Bericht aus Berlin | Ausgabe: 20. Oktober 2023 |
Mit Herz und Leidenschaft für Hochtaunus & Oberlahn

Liebe Bürgerinnen und Bürger,

der 7. Oktober 2023 wird als schwarzer Tag in die Geschichtsbücher des jüdischen Volkes eingehen. An diesem Tag initiierte die Terrororganisation Hamas ihren barbarischen Überfall auf die Zivilbevölkerung Israels. Seit dem Menschheitsverbrechen der Shoa sind an keinem Tag so viele Jüdinnen und Juden gewaltsam um ihr Leben gebracht worden. Zahlreiche Menschen wurden entführt und sind noch in den Händen der Terroristen – unter ihnen auch deutsche Staatsangehörige. In der vergangenen Woche hat der Deutsche Bundestag diese schändlichen Taten einmütig verurteilt und die volle Solidarität mit Israel erklärt.

Mit großem Entsetzen habe ich beobachtet, was sich unweit des Reichstages in Berlin-Neukölln und anderswo abspielte. Von einigen Demonstranten wurde auf deutschen Straßen der Tod von Jüdinnen und Juden gefeiert. Diese offene Zurschaustellung von Hass, Hetze und offenem Antisemitismus ist

erschütternd und entsetzlich. Und wir müssen diese Ereignisse zum Anlass nehmen, den Kampf gegen Antisemitismus nun noch entschlossener führen. Deshalb hat im Bundestag eine „Aktuelle Stunde“ mit dem Titel „Verherrlichung von Terror in Deutschland unterbinden – Antisemitismus entschieden bekämpfen“ stattgefunden.

Auch, wenn es schwerfällt, angesichts des durch den Hamas-Terror ausgelösten menschlichen Leidens sich anderen Themen zuzuwenden, ist es unsere Pflicht als Parlamentarier, auch andere drängende Herausforderungen im Land zu bearbeiten. Ich begrüße ausdrücklich, dass der Bundeskanzler unter dem Eindruck der historischen Niederlagen der SPD bei den vergangenen Landtagswahlen eine Kurskorrektur im Management seiner Migrationspolitik eingeleitet und unseren Fraktionschef Friedrich Merz zum Gespräch eingeladen hat.

Mit herzlichen Grüßen
Ihr Markus Koob



Schwerpunkte dieser Ausgabe

- Lage im Nahen Osten
- Initiative zum Bürokratieabbau
- Besuchergruppen der JU
- Wahl in Polen

Lage im Nahen Osten & Verherrlichung von Terror in Deutschland

Am 07. Oktober wurde Israel auf brutale und barbarische Weise vom Hamas-Terror heimgesucht. In der Folge hat Israel die Ausübung ihres völkerrechtlich verbrieften Rechts angekündigt und weiß damit die westliche Staatengemeinschaft an ihrer Seite. In Repräsentation einer von allen demokratischen Kräften im Deutschen Bundestag unterstützten Haltung hat Bundeskanzler Olaf Scholz als erster Regierungschef der Welt Israel besucht und unserem Platz an der Seite Israels Ausdruck verliehen. Derweil sehen wir eine Dynamik in der Region, die eine ernsthafte Flächenbrandgefahr enthält. Und: Beschämende Bilder und Vorkommnisse im Inland, bei der Terrorverherrlichung auf den Straßen Deutschlands, bei der volle Härte des Rechtsstaates gelten müssen.

Standpunkt: Wir stehen zu unserer Verantwortung und Solidarität mit Israel. Es bricht mir das Herz, die zahlreichen Berichte über den unzivilisierten Terror der Hamas gegen Israels Bevölkerung und in Konsequenz auch gegen die palästinensischen Volksgruppen zu lesen. Angesichts der Terrorverherrlichung, die in bestimmten Milieus offen auf der Straße ausgelebt wird, hoffe ich auf entsprechende Reaktionen der Versammlungsbehörden und eine Abbildung in den Polizei-Einsatzkonzepten: Kompromisslose Strafverfolgung. •

Agenda für Bürokratieabbau und bessere Rechtsetzung

Der Wirtschafts- und Innovationsstandort Deutschland wird gefährdet durch überbordende Bürokratie. Eine Gefahr auch für das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger in die Handlungs- und Leistungsfähigkeit unseres Staates. Deshalb braucht es jetzt dringend einen Durchbruch für echten Bürokratieabbau und für bessere Rechtsetzung. Mit den Bürokratieentlastungsgesetzen I-III haben die unionsgeführten Bundesregierungen in Milliardenhöhe Bürokratiekosten eingespart. Der Bürokratiekostenindex erreichte im Jahr 2021 seinen historischen Tiefstand. Seitdem steigt er aber durch die Politik der Ampel-Koalition wieder kontinuierlich an.

Standpunkt: Statt immer neuer Ankündigungen braucht es endlich Taten und neue strukturelle Ansätze. Wir schlagen deshalb eine „Agenda Bürokratieabbau“ und konkrete Schritte zur Aufhebung unnötiger und überbordender Regulierung vor. Unsere Agenda umfasst als wichtigste Forderungen folgende, konkrete Maßnahmen: Bürokratiebremse (Rücknahme von Bürokratiebelastung, sobald eine Bürokratiequote überschritten wird), One in, two out“-Regel, keine Überregulierung und Standardüberschreitung bei EU-Vorhaben, Bürokratiestopp und Belastungsmoratorium sowie Digitalcheck von Gesetzen (effizienter digitaler Vollzug zur Pflicht werden). •



Internationale Delegation der Jungen Union zu Gast im Bundestag

An diesem Wochenende findet der alljährliche Deutschlandtag der Jungen Union in Braunschweig statt. Dazu reisen traditionell viele Gäste von befreundeten Partnerorganisationen aus aller Welt an. Viele von ihnen verbringen im Vorfeld des Events einige Tage in Berlin und erleben dort ein spannendes Programm mit interessanten Gesprächspartnern aus dem politischen Betrieb der Hauptstadt. Gerne habe ich die internationale Delegation in dieser Woche zu einem Gespräch im Bundestag empfangen. Von der EU-Beitrittsperspektive Montenegros bis zum entwicklungspolitischen Engagement Deutschlands in Lateinamerika hatten wir eine breite Themenpalette. Vielen Dank für euren Besuch und Euch noch eine schöne Zeit bei uns. •



Die gute Nachricht der Woche: Regierungswechsel in Polen zeichnet sich ab

Üblicherweise gebietet sich Zurückhaltung, wenn man als Außenpolitiker Wahlen in Nachbarstaaten zu kommentieren hat. Dennoch schaue ich mich großer Erleichterung auf das Ergebnis bei den Wahlen zu den beiden polnischen Parlamentskammern, bei der das liberalkonservative Parteienbündnis unter Führung von Donald Tusk jetzt auf eine stabile Mehrheit kommt. Die bisher regierende rechtspopulistische PiS-Partei von Jaroslaw Kaczynski, die im Wahlkampf mit antideutschen Parolen aufgefallen war, wurde zwar stärkste Kraft, verfehlt aber auch mit potenziellen Koalitionspartnern eine eigene Mehrheit. Polen ist eines unserer wichtigsten Nachbarländer und ein wichtiger Verbündeter im Kampf gegen den russischen Aggressionskrieg in der Ukraine. Gleichzeitig musste man den schrittweisen Abbau des Rechtsstaates und der Meinungsfreiheit in den letzten Jahren kritisch betrachten. Zurecht wurde das auch von der Europäischen Union sanktioniert. Nun besteht die Hoffnung, dass die umstrittenen Justizreformen wieder rückabgewickelt werden und Polen sich wieder als verlässlicher Wertepartner auf europäischer Ebene etablieren kann. •